

1 Gemeinsamer Beschluss:

2 **Islamistischen Terrorismus konsequent bekämpfen**

3
4
5
6
7 Die jüngsten Ereignisse in Paris haben gezeigt, dass vom islamistischen Terrorismus
8 eine große Bedrohung für die innere Sicherheit in unserer offenen und demokratischen
9 Gesellschaft ausgeht – und zunehmend Ängste in der Bevölkerung auslösen

10
11 Die CDU Brandenburg wendet sich klar und deutlich gegen jede Form von Extremismus.
12 Der feige und menschenverachtende Anschlag auf die Redaktion des „Charlie Hebdo“ in
13 Frankreich zeigt, welche dramatische Gefahr für die innere Sicherheit vom
14 internationalen Terrorismus ausgeht. Wir müssen unseren westlichen Wertekanon, zu
15 dem Demokratie, freie Meinungsäußerung, Gleichberechtigung, Rechtsstaatlichkeit und
16 Pressefreiheit gehören, verteidigen.

17
18 Nach Auskunft des Bundesinnenministeriums steht Deutschland weiter im Fokus des
19 islamistischen Terrorismus und es besteht eine abstrakt hohe Gefährdung für die innere
20 Sicherheit. Laut Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2013 wird die Zahl der
21 islamistischen Extremisten im Land Brandenburg auf ca. 30 geschätzt. Nach Angaben
22 der Landesregierung aus dem Jahr 2014 bewegt sich in Brandenburg die Anzahl der
23 sogenannten "Gefährder" und "Relevanten Personen" im Bereich des islamistischen
24 Terrorismus im niedrigen einstelligen Bereich. Islamistisch-terroristische
25 Organisationen nutzen Deutschland in erster Linie als Rückzugsraum für die finanzielle
26 und logistische Unterstützung des islamistischen Terrorismus sowie als
27 Rekrutierungsraum für den globalen Jihad.

28
29 Die Bedrohung geht für uns nicht von der friedlichen Religion des Islam, sondern allein
30 von terroristischen Tätern aus, die unter dem Deckmantel einer angeblichen Religiosität
31 agieren und diese für ihre Zwecke und im Kampf gegen die offene, demokratische
32 Gesellschaft missbrauchen.

33 Wir nehmen diese Bedrohung für unsere offene Gesellschaft und die Werte der
34 freiheitlich demokratischen Grundordnung ernst und werden diese mit allen
35 rechtsstaatlichen Mitteln verteidigen.

36
37 Der Staat muss durch intensive Informationsgewinnung und Aufklärung, durch gezielte
38 Maßnahmen der Gefahrenabwehr und eine konsequente Strafverfolgung den Aktivitäten
39 gewaltbereiter islamistischer Extremisten entgegentreten. Insbesondere bedarf es in
40 diesem Bereich einer intensiven Zusammenarbeit und einen regelmäßigen
41 Informationsaustausch aller Sicherheitsbehörden aus Bund und Ländern. Die befristete
42 Vorratsdatenspeicherung muss entsprechend der Vorgaben des
43 Bundesverfassungsgerichts wieder eingeführt werden.

44
45 Die Sicherheitsbehörden müssen hinsichtlich der personellen und materiellen
46 Ressourcen aber auch in die Lage versetzt werden, das Menschenmögliche für die

47 Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland tun zu können. Gerade hier gibt
48 es im Land Brandenburg aufgrund des in den letzten Jahren massiv betriebenen und
49 weiter geplanten massiven Personalabbaus bei Polizei und Verfassungsschutz noch
50 erhebliche Defizite und dringenden Handlungsbedarf.

51
52

53 Zudem bedarf es mehr Transparenz hinsichtlich der Gefährdungslage. Künftig sollte die
54 Polizeiliche Kriminalitätsstatistik neben politisch motivierten Straftaten auch religiös
55 motivierte Straftaten ausweisen.

56

57 Die Gesellschaft muss für die Gefahren durch islamistischen Extremismus sensibilisiert
58 und Präventionsmaßnahmen entwickelt werden.

59

60 Gleichzeit ist es wichtig, zwischen terroristischem Islamismus und der Religion Islam zu
61 differenzieren. Der weit überwiegende Anteil unserer Mitbürger muslimischen Glaubens
62 übt seine Religion friedlich aus und respektiert die vom Grundgesetz vorgegebene
63 Werteordnung. Im Gegensatz dazu steht der Islamismus als religiös motivierte Form des
64 politischen Extremismus, der versucht, die Religion für seine politischen Zwecke zu
65 instrumentalisieren.

66

67

68